

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0423/2015
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 Ler	Datum 25.02.2015	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	23.04.2015	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 1548/2014 SPD, Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg; hier: Gelände zwischen Brahms- und Smetanaweg
Mainz, 26.02.2015 gez. Eder Katrín Eder Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Der Antrag ist erledigt.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat mit der für das in Rede stehende Grundstück verantwortlichen Wohnbau Mainz GmbH Kontakt aufgenommen und eine Stellungnahme erbeten und diese auch erhalten. Die Wohnbau ist Eigentümerin sowohl des Spielplatzes als auch des angrenzenden Waldareals; insgesamt eine Fläche von rund 4.800 m², 455 Bäumen und ca. 500 m² Wegeflächen.

Nachdem in 2006 eine Anfrage der Wohnbau an die Stadtverwaltung zur Übernahme der notwendigen Unterhaltungskosten für das Waldareal abschlägig beantwortet wurde, ist im Dezember 2006 die ortsfeste Sperrung der Zugangswege mit Stabgitterzäunen und die Aufstellung von Betretungsverbotsschildern seitens der Eigentümerin veranlasst worden.

Der an den Parkplätzen im Brahmweg und Lortzingstraße unmittelbar angrenzende Baumbestand und natürlich auch alle Bäume im Bereich des Kinderspielplatzes werden regelmäßig kontrolliert und bedarfsorientierte Baumpflegemaßnahmen veranlasst.

Die Wohnbau Mainz GmbH hat zuletzt im Juni/Juli 2014 eine unregelmäßig stattfindende Bestandskontrolle im gesperrten Waldareal durchgeführt und festgestellt, dass zur Herstellung der Verkehrssicherheit vor einer möglichen öffentlichen Nutzung erhebliche Finanzmittel aufzuwenden wären. Dies gilt für den Baumbestand und die Wegeoberflächen. Aktuell ist nicht geplant, das Waldgrundstück für die Öffentlichkeit frei zu geben.

Aufgrund der weiterhin sehr angespannten Haushaltslage der Stadt Mainz kann auch das erneut ausgesprochene Angebot der Wohnbau gegenüber der Verwaltung zur Übernahme des Waldareals nicht angenommen werden, da entsprechende Mittel nicht zur Verfügung stehen.